

## **1. Allgemeines/ Geltungsbereich**

- 1.1. Die nachstehenden Bestimmungen sind unabdingbare Grundlage für die Nutzung öffentlicher Standflächen im Rahmen dieser städtischen Veranstaltung.
- 1.2. Mit der Beantragung eines Standplatzes gelten diese Teilnahmebedingungen als erhalten und akzeptiert.

## **2. Bewerbungs- und Zulassungsverfahren**

- 2.1. Die Bewerbung um die Zulassung als Standbetreibende zu einer Veranstaltung der Stadt Viersen erfolgt durch den Eingang des für die jeweilige Veranstaltung geltenden, vollständig ausgefüllten Bewerbungsformulars bei der Stadt Viersen.
- 2.2. Die Zulassung zur Veranstaltung wird mittels Teilnahmebestätigung durch die Stadt Viersen erteilt.

## **3. Zulassungsvoraussetzungen**

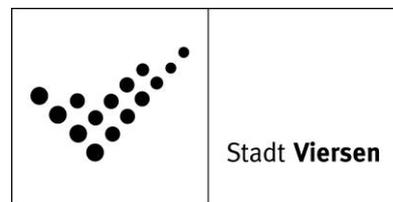
- 3.1. Die Entscheidung über die Zulassung von Standbetreibenden, Waren und Leistungen trifft die Stadt als Veranstalterin nach freiem Ermessen.
- 3.2. Ein Anspruch auf Zulassung besteht nicht. Des Weiteren besteht kein Anspruch auf Zuweisung einer bestimmten Standfläche oder einer bestimmten Lage, Größe oder Beschaffenheit einer Standfläche.
- 3.3. Die Zulassung ist nicht auf Dritte übertragbar und gilt nur für den zugelassenen Stand sowie die zugelassenen Waren oder Leistungen. Es ist untersagt, ohne Genehmigung der Stadt Änderungen am zugelassenen Waren- und Leistungsangebot oder an der zugewiesenen Standfläche vorzunehmen. Bei einem Verstoß ist die Stadt berechtigt, die Standbetreiberin oder den Standbetreiber von der Veranstaltung auch kurzfristig auszuschließen. Schadensersatzansprüche gegen die Stadt können daraus nicht abgeleitet werden; auf Ziff. 8.2. wird verwiesen.

## **4. Veranstaltungsdaten**

- 4.1. Die Daten der betreffenden Veranstaltung, d.h. Name, Ort, Datum und Öffnungszeiten werden der Standbetreiberin oder dem Standbetreiber im Bewerbungsformular bekanntgegeben. Die Öffnungszeiten sind zwingend einzuhalten. Auf Ziff. 8.2. wird verwiesen.

## **5. Zuweisung der Standflächen/ Auf- und Abbau**

- 5.1. Die Zuweisung der Standflächen erfolgt ca. eine Woche vor der Veranstaltung. Marktteilnehmende erhalten per E-Mail den zugewiesenen Standplatz.
- 5.2. Aus wichtigem Grund, insbesondere zur Ordnung des Verkehrs auf der Veranstaltungsfläche, kann die Zuweisung der Standfläche widerrufen und eine andere Standfläche zugewiesen werden, ohne dass dadurch ein Entschädigungsanspruch gegen die Stadt entsteht.



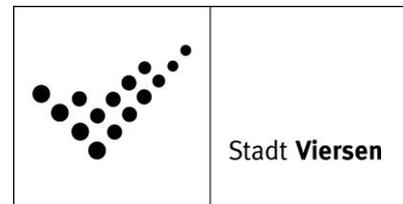
- 5.3. Der Stand ist spätestens bis zum Veranstaltungsbeginn vollständig aufzubauen bzw. einzurichten und unmittelbar nach dem Veranstaltungsende wieder abzubauen. Die Stadt kann in der Nutzungsvereinbarung weitere Einzelheiten, Abweichungen und Ausnahmen regeln.

## **6. Pflichten der Stadt**

- 6.1. Die Stadt verpflichtet sich zur rechtzeitigen und ordnungsgemäßen Bereitstellung der Veranstaltungsfläche bzw. Standflächen.
- 6.2. Die Stadt stellt Standbetreibenden im Rahmen der organisatorischen und technischen Möglichkeiten auf der Veranstaltungsfläche Versorgungseinrichtungen zur Nutzung von Strom und Wasser (Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung) gegen Entgelt zur Verfügung. Weitere Einzelheiten hierzu regelt die Entgeltordnung für die Nutzung öffentlicher Standflächen bei Veranstaltungen der Stadt Viersen.

## **7. Pflichten für Standbetreibende**

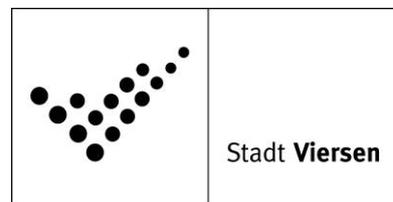
- 7.1. Die Standbetreiberin oder der Standbetreiber ist zur Einhaltung aller mit der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit verbundenen gesetzlichen Vorschriften verpflichtet. Hierzu zählen z.B. die Vorschriften des Gewerbe-, Bau-, Arbeits-, Hygiene- und Lebensmittelrechtes, des Jugend-, Lärm- und Umweltschutzes sowie auch Sicherheits- und Brandschutzbestimmungen. Eventuell erforderliche Genehmigungen sind durch die Standbetreiberin oder den Standbetreiber rechtzeitig und auf eigene Kosten bei der zuständigen Ordnungsbehörde einzuholen und auf Verlangen der Stadt vorzuzeigen. Den Anordnungen der Feuerwehr, der Polizei sowie den von der Stadt beauftragten Beschäftigten ist unbedingt Folge zu leisten. Weitere Einzelheiten werden in der Nutzungsvereinbarung geregelt.
- 7.2. Für Reisegastronominnen und Reisegastronomen mit einer Verkaufsfläche größer als 80 Quadratmeter und mehr als fünf Mitarbeitern gilt gem. § 33 VerpackG die Mehrwegangebotspflicht. Bei kleineren Betrieben (<80 qm und weniger als fünf Mitarbeitern) empfehlen wir ebenfalls auf Mehrwegprodukte zurückzugreifen.
- 7.3. Die Stände müssen standfest sein und dürfen nur so aufgestellt werden, dass die Platzoberfläche nicht beschädigt wird. Sie dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung der Stadt weder an Bäumen und deren Schutzvorrichtungen noch an Laternen, an Verkehrs-, Energie- oder ähnlichen Vorrichtungen befestigt werden. Die Stände müssen sich in einem sauberen Zustand befinden und durch eine ansprechende Gestaltung dem Charakter der Veranstaltung und ihrer Umgebung entsprechen. In der Nutzungsvereinbarung können weitere Einzelheiten hierzu geregelt werden.
- 7.4. Die Veranstaltungsfläche darf nicht verunreinigt werden. Standbetreibende haben für die Sauberkeit des Standplatzes Sorge zu tragen.
- 7.5. Waren und Leistungen dürfen nur von der zugewiesenen Standfläche aus und ohne Störung der umliegenden Stände verkauft bzw. angeboten werden. In den Gängen und Durchfahrten zwischen den Ständen dürfen Waren, Leergut und Geräte nicht abgestellt werden.



- 7.6. Standbetreibende haben ihren Stand an allen Tagen der jeweiligen Veranstaltung zu den festgesetzten Öffnungszeiten ununterbrochen geöffnet zu halten und bei einsetzender Dunkelheit dem Charakter der Veranstaltung entsprechend zu beleuchten.
- 7.7. Standbetreibende sind während der Öffnungszeiten durchgängig zur Anwesenheit an ihren Ständen verpflichtet. Diese Anwesenheitspflicht kann auf hierzu befugte Personen durch schriftliche Bevollmächtigung übertragen werden. Bei Abwesenheit – auch wenn sie nur vorübergehend ist - ist eine ordnungsgemäße Vertretung zu gewährleisten. Bei juristischen Personen ist zwingend eine bevollmächtigte Vertretung zu benennen, die während der Öffnungszeiten am Stand anwesend ist. Vertretungsvollmachten sind an den Ständen zu hinterlegen und im Bedarfsfall vorzuweisen.

## **8. Widerruf der Zulassung / Kündigung der Nutzungsvereinbarung**

- 8.1. Mit Erhalt der Teilnahmebestätigung ist die Standbetreiberin oder der Standbetreiber zur Teilnahme an der Veranstaltung verpflichtet. Die Nichtbenutzung oder nur teilweise Benutzung des zugewiesenen Standplatzes begründet keinen Anspruch auf Ermäßigung oder Erstattung des Standentgeltes.
- 8.2. Die Stadt kann Standbetreibende von der Veranstaltung kurzfristig ausschließen. Dies ist insbesondere möglich, wenn
- 8.2.1. der Standplatz ganz oder teilweise für bauliche Änderungen oder andere öffentliche Zwecke benötigt wird,
- 8.2.2. die Standbetreiberin oder der Standbetreiber fällige Entgelte nicht innerhalb der festgelegten Frist zahlt,
- 8.2.3. bei gastronomischen Betrieben die schriftliche Bestätigung der zuständigen Ordnungsbehörde über die Anzeige einer gastronomischen Tätigkeit gemäß § 12 Gaststättengesetz (GastG, Ausschankgenehmigung) für die Veranstaltung nicht innerhalb der festgelegten Frist beigebracht wird,
- 8.2.4. die Standbetreiberin oder der Standbetreiber oder eine von ihm beauftragte Person eine sonstige mit der Zulassung verbundene Auflage nicht erfüllt oder gegen Vorschriften des öffentlichen Baurechts, der Trinkwasserverordnung oder gegen hygiene- oder lebensmittelrechtliche Bestimmungen verstoßen hat oder absehbar verstoßen wird,
- 8.2.5. der Standplatz ohne Genehmigung der Veranstaltungsleitung bis zum Veranstaltungsbeginn nicht bezogen wurde, nach Veranstaltungsbeginn geräumt worden ist oder die festgesetzten Öffnungszeiten nicht eingehalten werden
- 8.2.6. ein Fall von Ziff. 3.3. eintritt,
- 8.2.7. die erforderliche Bauabnahme aus Gründen, die die Zulassungsinhaberin oder der Zulassungsinhaber zu vertreten hat, nicht oder nicht rechtzeitig erfolgen konnte,
- 8.2.8. die Standbetreiberin oder der Standbetreiber auf Verlangen der Stadt den Abschluss einer Haftpflichtversicherung nicht nachweist, sofern dies vorgesehen ist,
- 8.2.9. bei Bewerbungen nach deren Eingang hinsichtlich der die Zulassung begründenden Tatsachen Veränderungen eingetreten sind, die der Stadt bei der



Zulassungsentscheidung noch nicht bekannt waren und die bei einem rechtzeitigen Kenntnisstand zu einer Versagung der Zulassung geführt hätten und wenn

- 8.2.10. die Standbetreiberin oder der Standbetreiber oder eine von ihm beauftragte Person erheblich oder trotz Abmahnung wiederholt gegen sonstige Anordnungen der Stadt Viersen und der von ihr beauftragten Beschäftigten verstoßen hat.
- 8.3. Nach Ausschluss von der Veranstaltung nach Ziff. 8.2. hat die Standbetreiberin oder der Standbetreiber den Platz unverzüglich zu räumen.

## **9. Veranstaltungsleitung, Platz- und Ordnungsrecht**

- 9.1. Die Veranstaltungsleitung obliegt den von der Stadt Viersen hiermit beauftragten Beschäftigten. Die Veranstaltungsleitung kann alle zur reibungslosen Abwicklung des Veranstaltungsbetriebes erforderlichen Anordnungen treffen.
- 9.2. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Veranstaltung haben den Anordnungen des städtischen Personals Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen haben sofortigen Platzverweis zur Folge. Im Übrigen gilt die Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Stadt Viersen in der jeweils gültigen Fassung.

## **10. Haftung**

- 10.1. Die Benutzung der Veranstaltungsflächen erfolgt auf eigene Gefahr. Die Stadt haftet für Schäden nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ihrer Beschäftigten oder von ihr beauftragten Dritten. Eine Haftung der Stadt wegen Ausfall, Verkürzung oder Verlegung einer Veranstaltung ist ausgeschlossen.
- 10.2. Die Stadt übernimmt keine Haftung für die von Standbetreibenden eingebrachten Sachen.
- 10.3. Standbetreibende haften gegenüber der Stadt für alle sich aus der Nutzung ergebenden Schäden. Hierunter fallen selbst verursachte Schäden sowie Schäden, die von dem eingesetzten Personal oder von Liefernden verursacht werden.
- 10.4. Standbetreibende sind verpflichtet, die Stadt Viersen von allen Ansprüchen freizustellen, die von Dritten im Zusammenhang mit dem Betrieb der jeweiligen Stände und der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht geltend gemacht werden.
- 10.5. Standbetreibende haben für ihren Betrieb eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und auf Verlangen der Stadt den Versicherungsschein vorzulegen.